

## Spartakisten im Visier des westdeutschen Staates Innenministerium verleumdet Linke als Nazis und Terroristen

# Stoppt Zimmermanns Schmutzkampagne!

Frankfurt, 10. Dezember – Die heutige Entscheidung des Landgerichts Hannover, einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die „Anzeigen“-kampagne des Innenministeriums („Wer steckt dahinter?“) abzulehnen, ist ein Schlag gegen die demokratischen Rechte von allen. „Das erinnert an die letzten Jahre der Weimarer Republik, als die braune Pest sich in Deutschland immer schneller ausbreitete“, erklärte Fred Zierenberg, Chefredakteur des Spartakist und Sprecher der TLD.

Die Regierung ließ ihren Anwalt bereits während der mündlichen Verhandlung am 7. Dezember arrogant erklären, daß die „Anzeige“ – oder eine ähnliche – im Mai 1985 wiederholt wird. Außerdem kündigten sie ... Faltblätter, Aufkleber, Plakate, Filme usw.“ zur Fortsetzung ihrer schmutzigen „Öffentlichkeitsarbeit“ an.

Die, die hier behaupten, „Recht und Gesetz“ zu verteidigen, haben keine Hemmungen, mit der Abbildung von Hakenkreuzen ihre eigenen Gesetze zu brechen. Um Linke ihrem Polizeiterror auszusetzen, schmieren sie in einer Collage Hakenkreuze und Nazi-Parolen neben linke Zeitungsköpfe und Symbole. „Es ist geradezu in den Traditionen von Goebbels Großer Lüge, daß der ‚Verfassungsschutz‘, der von hohen SS-Offizieren aufgebaut wurde, uns Linke als Nazis und Terroristen verleumdet!“ erklärte der TLD-Sprecher: „Die Abbildung des Spartakist-Titels zeigt den Wunsch der Regierung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht noch 'mal zu ermorden.“



Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg. Bis heute verfolgt sie der Spartakistenhaß der Bourgeoisie

### Politische Erklärung der Trotzlistischen Liga Deutschlands

Der antisowjetische Kriegskurs findet auch in Westdeutschland seinen unvermeidlichen Ausdruck nach innen: Der Staatsapparat schwingt die Keule polizeistaatlicher Maßnahmen zur Einschüchterung und Terrorisierung. Friedrich Zimmermann, der Bundesminister des Innern und zugleich oberster Polizeichef in Westdeutschland – gern gesehener Redner bei Versammlungen der erreaktionären „Vertriebenen“-Verbände –, hat eine tödliche „anti-extremistische“ Schmutzkampagne gestartet, in der in „Anzeigen“ in der bürgerlichen Presse unsere Zeitung *Spartakist* prominent abgebildet worden ist und Linke verleumderisch mit Nazis und Terroristen gleichgesetzt werden.

Das Innenministerium, mit dem Strauß-Protegé Zimmermann an der Spitze, veröffentlichte am 24./25. November und 1./2. Dezember in den Wochenendausgaben von über einem Dutzend regionaler und überregionaler Tageszeitungen eine bedrohliche großformatige „Anzeige“. In dieser „Anzeige“ wird jeder ordnungsliebende Bundesbürger aufgefordert, einen Coupon für den 83er und selbst für den noch gar nicht veröffentlichten 84er Bericht einzusenden, und zwar an das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ im Vaterland. Unter Hinweis auf Linke als „Verfassungsfeinde“, die eine „akute Gefährdung des Rechtsstaats“ darstellen könnten, wird im Anzeigentext zu „Abwehrmaßnahmen der Polizei“ aufgerufen. Dies ist eine kaum verhüllte Androhung von Repressionsmaßnahmen und der Illegalisierung linker Organisationen.

Unter der ominösen Überschrift „Wer

steckt dahinter?“, über einen Helm montiert, zeigt diese „Öffentlichkeitsarbeit“ eine Collage von Zeitungsköpfen und Symbolen linker Organisationen vermergt mit Hakenkreuzen, faschistischen Parolen („Deutsche erwacht!“, „Ausländerstopp“), Nazi-Emblemen und ähnlichem. Obwohl es in Westdeutschland verboten ist, das Hakenkreuz, Symbol rassistischen Terrors und Völkermords, wiederzugeben, haben die Hüter von „Recht und Ordnung“ keine Bedenken, ihre eigenen Gesetze zu brechen, wenn es darum geht, Linke zu verleumden, und verstreuen freizügig Hitlers Markenzeichen über ihre schmutzige „Anzeige“.

Die Trotzlistische Liga Deutschlands (TLD, Sektion der internationalen Spartakist-Tendenz), Herausgeber der Zeitung *Spartakist*, verurteilt diese üble Haß- und Einschüchterungs-Propaganda, eine Vorstufe zu berüchtigten „Nacht und Nebel“-Aktionen, die die demokratischen Rechte aller bedrohen. Wir haben unverzüglich gerichtliche Schritte unternommen, um diese Hexenjagd-„Anzeigen“ der Bundesregierung zu stoppen und fordern eine umgehende Zurrücknahme. Aber ganz in den Fußstapfen der berüchtigten Großen Lüge wurde die verleumderische Anzeige des Innenministeriums eine Woche später in der „angesehenen“ Zeitung der Wirtschaftsbesse, der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, und dem rechten Paradeblatt des Springerkonzerns, *Die Welt*, wiederholt. Bezeichnenderweise weigerte sich die *Süddeutsche Zeitung*, wegen der Verwendung des Hakenkreuzes, die Zimmermann-Anzeige abzudrucken.

Die Bundesregierung versucht Stimmung zu machen gegen eine „Rote Gefahr“ und läßt den alten konterrevolutionären *Spartakistenhaß* wiederaufleben. Sie wollen diese Frau, die polnische kommunistische Jüdin Rosa Luxemburg, ein zweites Mal umbringen! Dieses finstere Geschäft von „Anzeigen“ hat eine lange Geschichte. Erinnert euch an die berüchtigte Plakatkampagne, die zur Enthauptung der deutschen Revolutionäre von 1918/19 aufhetzte: „Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe“ und forderte: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!“ Wenige Wochen später waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht tot. Aber der Spartakisten-Buhmann, das Gespenst des Kommunismus verfolgt die deutsche Bourgeoisie noch immer.

Nicht nur die Trotzlisten stehen auf der Abschußliste dieser christdemokratischen Hexenjagd. Zimmermann nimmt alles ins Visier, was links von den Regierungsparteien steht. Die sozialdemokratisch geführte „Friedensbewegung“ wird seit langem schon als „Marionette Moskaus“ attackiert, die Grünen im Bundestag sind als „kommunistische Unterwanderer“ bezeichnet worden und jetzt befindet sich unter den für Zimmermanns Anzeige herausgegriffenen Beispielen von „Extremisten“ ein Aufruf vom „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“, der die evangelische Aktion Sühnezeichen einschließt. Jetzt, wo Straußens CSU-Inquisitoren von der Leine gelassen sind, sollte sogar Kohls CDU lieber vorsichtig sein (dessen soziale Vorstellungen nur geringfügig entwickelter sind als die des Konzils von Trient).

### „Wer steckt dahinter?“

Heute druckt die „freie“ bürgerliche Presse schamlos die „Anzeigen“-Verleumdungskampagne, die von der Regierung offen bezahlt wird – ein offenkundiges Schmiergeld, um die Medien zu Sprachrohren für die offizielle Propaganda zu machen. Und Zimmermann ist wohlvertraut mit Korruption. Für ihn sind 24 700 DM in Flicks Spendenliste „für den Erwerb von Büchern“ verzeichnet. (Nun, wieviele Exemplare von *Mein Kampf* könnte man davon kaufen?) Schmiergelder und Schmutzkampagne: Dies sind die Spezialitäten dieses Verfassungsschützers.

Und was sonst kann man erwarten, angesichts der langen Tradition von Bestechlichkeit des westdeutschen Staates? Der Hauptgeldgeber hinter der Bonner Regierung, Karl Friedrich Flick, erbt ein Finanzimperium, das sich auf die monströsen Profite stützte, die durch die Verelendung der gesamten deutschen Arbeiterklasse mittels der astronomischen Inflation der zwanziger Jahre zusammengerafft wurden. Flick senior war ebenso der Hauptfinanzier des SS-Freundeskreises Heinrich Himmler, und im Dritten Reich resultierte sein gewaltiger Vermögenszuwachs aus der Superausbeutung von Hunderttausenden von Zwangsarbeitern aus den Konzentrationslagern und aus der Zwangsenteignung jüdischer Unternehmen.

Das heutige Regime, von Flicks Millionen unterstützt und bestochen, ist nicht allein „Rechtsnachfolger“ des Hitler-Regimes. Um die deutsche Industrie am Laufen zu halten, importierte sie Millionen von „Gastarbeitern“, die in elenden Gettos zusammengepfercht werden. Sie werden von der Regie-

Fortgesetzt auf Seite 2

# TLD-Erklärung.

Fortsetzung von Seite 1

Die schmutzigen „Anzeigen“ des Innenministeriums werben im Text für den Verfassungsschutz und seine Informationen über „Extremisten“ als „für die demokratische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherheit ihrer Bürger unverzichtbar“. Zimmermanns gefährliches Amalgam bereitet den Boden für verschärften Polizeiterror: „... damit bei akuter Gefährdung des Rechtsstaates und seiner Organe gesetzlich geregelte Abwehrmaßnahmen der Polizei ergriffen werden können.“ Die TLD hat eine Protestkampagne initiiert und ein Gerichtsverfahren eingeleitet, damit die „Anzeige“ zurückgenommen und der angerichtete Schaden wiedergutmacht wird. Stoppt die staatliche Terrorkampagne!

## Wer steckt dahinter?



Jede Bundesregierung ist für die Verwirklichung und Sicherung der Grund-  
... der Grund... der Verfassung... edlich. Sie mu...

maß der Verbrechen des Hitlerfaschismus hinlänglich bewiesen hat – der Völkermord an 6 Millionen Juden und über 5 Millionen anderen (andere Minderheiten, Kommunisten, Gewerkschafter), die Vernichtung von 20 Millionen Sowjetbürgern, die Leiden von ganzen Nationen unter dem Stiefel der Nazis –, wenn die militanten Gegner des Faschismus mit ihren Nazi-Henkern gleichgesetzt werden durch den arroganten westdeutschen Staat, dem „demokratischen“ Nachfolger dieses unbeschreiblich grotesken und barbarischen Regimes. Das Vermächtnis des Nazismus hat die deutsche Nation und das deutsche Proletariat geteilt. Die Trotzlisten

der TLD kämpfen für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Die westdeutsche Geheimpolizei versucht die Marxisten zum Schweigen zu bringen, als Bestandteil des imperialistischen Feldzugs zur Zerschlagung der historischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates DDR.

### Wer hat Angst vor den Spartakisten?

Es ist geradezu pervers, daß der Verfassungsschutz, die Geheimpolizei eines imperialistischen Staates, der mit blutigen bonapartistischen Militärdiktaturen von Sri Lanka bis zur Türkei und bis Chile verbunden ist, Marxisten des „Terrorismus“ beschuldigt. In der Zimmermann-„Anzeige“ werden wir Leninisten-Trotzkisten des Putschismus bezichtigt, indem wir in dieser Schmierkollage mit der Nazi-Parole „Zerschlagt diesen Staat!“ in einen Topf geworfen werden. Tatsächlich wird die kapitalistische Regierung nicht „zerschlagen“, ob gewaltsam oder gewaltfrei. Die geschichtliche Wahrscheinlichkeit ist die, daß es in einer revolutionären Situation nur noch sehr „stürzt“. Bestimmt wird es nicht diese Regierung in ihrer jetzigen Form sein. Höchstwahrscheinlich wird die Wahl gestellt sein scheinlich wird die Wahl gestellt sein zwischen der Arbeiterdemokratie von Sowjets (Räten) oder einer wackeligen bonapartistischen Diktatur.

Die Trotzlisten verteidigen die Opfer des

Vergeßt nicht: Es war die sowjetische Rote Armee, die das Nazi-Regime zerschlug. Und die deutschen Trotzlisten, die schließlich ein Opfer der Nazi-Pest wurden, kämpften gegen Hitlers Machteroberung durch ihren Aufruf zur Einheitsfront, um die mächtige deutsche Arbeiterklasse gegen die faschistische Barbarei zu vereinen. 1933 wurde ihre Zeitung *Die Permanente Revolution* als Bedrohung für den Staat von der Regierung verboten. Vier Jahre später gab es den Prozeß gegen die Danziger Trotzlisten, die ein abgezogenes Bulletin, *Spartakus*, herausbrachten und die Hafnarbeiter dazu aufriefen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Verschiffung von Kriegsmaterial zu verhindern. Heute kämpfen unsere australischen und amerikanischen Genossen der internationalen Spartacist Tendenz genauso, um die tödliche Fracht nach El Salvador und Südafrika zu stoppen. Die heroischen Danziger Trotzlisten des Spartakusbundes erklärten, so wie wir es heute tun: „Die Verteidigung Sowjetrußlands bleibt darum unbedingte Pflicht des Proletariats.“

Es ist eine Verhöhnung des tragischen Schicksals des jüdischen Volkes und der deutschen Geschichte, die das riesige Aus-



TLD-Block demonstriert gegen Reagans Besuch in Bonn am 10. Juni 1982

Foto: Spartakist

## Grundordnung herrscht in Westdeutschland

Es ist 1984. Grundordnung herrscht in Westdeutschland. Die „Bundesrepublik Deutschland vertreten durch die Rechtsanwälte Reinicke pp.“ antworteten am 5. Dezember mit einem neunseitigen Schreiben auf den Antrag der TLD auf einstweilige Verfügung gegen Zimmermanns „Anzeigen“kampagne. Wir möchten unseren Lesern Kostproben aus der Stellungnahme der westdeutschen „Verfassungsschützer“ nicht vorenthalten. Also, strammgestanden und zuhören:

„Das Grundgesetz richtet sich gegen alle politischen Bestrebungen rechts und links gleichermaßen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, sie zu beseitigen oder zu beeinträchtigen trachten. Derartige Bestrebungen werden als links- oder rechtsextremistische bezeichnet.“

Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist weder mit einer Staatsordnung nationalsozialistischer oder faschistischer Prägung noch mit einer Staatsordnung kommunistischer oder marxistisch-leninistischer (sic!) Prägung zu vereinbaren. Extremisten jeglicher Couleur haben „Ex-

difinitione“ (sic!) ihre Zielrichtung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gemeinsam,...

Extremisten sind Extremisten sind Verfassungsfeinde sind Extremisten. Danke, verstanden. Dazu fällt uns sogleich noch Artikel 18 des Grundgesetzes aus dem Kapitel „Die Grundrechte“ ein:

„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit ...“ usw. „zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte.“

Was ist eigentlich die „freiheitlich demokratische Grundordnung“, wer hat sie schon mal gesehen, angefaßt oder vielleicht gerochen? Jedenfalls sind mit diesem Begriff offensichtlich nicht demokratische Rechte gemeint, denn die „verwirkt“ man ja, wenn man sie benutzt! Die Orwellsche Gleichung „Krieg ist Frieden“ hören ja die Bewohner der kapitalistischen Welt heute täglich, in Westdeutschland kommt noch „Bespitzelung ist Verfassungsschutz“ hinzu. Ihre dreckige Gleichsetzung von Linken mit Nazis und Terroristen nennen sie „Öffentlichkeits-

arbeit“ und versprechen mehr davon:

„Die Verpflichtung zur Aufklärung der Bevölkerung über die mit diesem Komplex zusammenhängenden Themen kann nicht auf die Veröffentlichung in nur einer Publikationsart (hier Broschüre) beschränkt werden... Hier sind neben Anzeigen mannigfache Formen der Öffentlichkeitsarbeit denkbar und zulässig (Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Faltblätter, Aufkleber, Plakate, Filme usw.)“

Liebe Öffentlichkeit, seid ihr nicht glücklich, daß euer „Bundesamt zum Schutze der Verfassung im Vaterland“ sich solche Sorge darum macht, euch über diese „Verfassungsfeinde“ zu informieren, euch „aufzuklären“? Ihr könnt ruhig schlafen, Big Brother paßt wirklich auf euch auf.

Bereits 1914 und 1939 war die deutsche „Rechtsordnung“ entschlossen, Europa zu reorganisieren. Ist es möglich, daß diese merkwürdige „freiheitlich demokratische Grundordnung“ wieder einen Versuch macht, eine „Neue Ordnung“ in Europa und dann in der ganzen Welt zu errichten? ■

bürgerlichen Staatsterrors, wie die nicht mehr existierende Rote Armee Fraktion (RAF – in der bürgerlichen Presse nur als „Baader-Meinhof-Bande“ bezeichnet), die in ihrer kleinbürgerlichen Verzweiflung gegen individuelle Vertreter der imperialistischen Unterdrückung losschlagen. Wir versuchen stattdessen das Proletariat zur Wahrnehmung seiner historischen Aufgaben zu erziehen und zu mobilisieren. Nichts ist weniger konspirativ als eine marxistische Organisation der Arbeiterklasse, deren Erfolg vollständig von der offenen und weitestmöglichen Verbreitung ihrer Ansichten und Ziele abhängt. Jede linke Organisation, auf die die Verfassungsschutz-Definition „Extremisten“ zutrifft, müßte eine Gruppe von selbstmörderischen Psychopathen sein.

Was schützen denn diese „Verfassungsschützer“ überhaupt? Der westdeutsche imperialistische Staat, der nach 1948 entstand, hat sich die Rhetorik seiner alliierten Eroberer zu eigen gemacht. Seine Verfassung schließt sogar ein Kapitel „Die Grundrechte“ ein. Zwanzig Artikel garantieren rechtliche Gleichheit, Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Reisefreizügigkeit, freie Berufswahl usw. Aber in Artikel 21 wird das finstere Konzept der „verfassungswidrigen“ Parteien eingeführt. Ihnen können alle Rechte abgesprochen werden, stattdessen erfolgt Berufsverbot, Kriminalisierung und es wird ihnen per „Anzeige“ der Prozeß gemacht. Und all das wird von der Bundesstaatspolizei durchgesetzt, in verfassungsgemäßen grauen Uniformen, egal ob Sozialdemokraten oder Christdemokraten in den

### Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.  
Rettet es!  
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen.  
Von der Spartakistengruppe.

**Schlagt ihre Führer tot!  
Tötet Liebknecht!**

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!  
Die Frontsoldaten

### Konterrevolutionäres Plakat während der deutschen Revolution 1918/19

Ministersesseln sitzen.

Seit Generationen werden offenkundig falsche Anschuldigungen als Vorwand für die Verhaftung von Regierungsgegnern benutzt. Im Verlauf des KPD-Verbots 1956 wurde der bedrohliche Terminus des „Verfassungsfeinds“ geschaffen. Diese Beschreibung im Stile eines Polizeistaats erlaubt z. B. die ausnahmslose Säuberung des Öffentlichen Dienstes von Mitgliedern und Unterstützern der KPD-Nachfolgerin, der DKP. Im letzten

#### KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT:	Postfach 1 67 47 6000 Frankfurt 1 Tel.: (0 69) 72 70 54
HAMBURG:	Postfach 20 14 34 2000 Hamburg 20 Tel.: (0 40) 31 46 56
WESTBERLIN:	Postfach 21 07 50 1000 Berlin 21 Tel.: (0 30) 8 82 11 75



### ABONNIERT!

8 Ausgaben SPARTAKIST  
einschließlich SPARTACIST  
(deutsche Ausgabe) DM 8,50

Zu beziehen über Kontaktadresse

Arbeitskette der Zensur - Interview mit Milda Marazzi - Seite 9

**die tageszeitung**

Anzeigenserie des Innenministeriums

**„Schmutzkampagne“**

Friedensbewegung klagt gegen Anzeigenserie des Innenministeriums

BONN, 28. November. Organisatoren der Friedensbewegung fühlen sich vom Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann verleumdet. Sie empfinden es als eine „Unverschämtheit“, daß in einer Zeitungsanzeige der Friedensbewegung die TLD als „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD) bezeichnet wird. Die TLD hat sich bisher die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD) als einzige Gruppe in der Bild-Zeitung auffällig quer in der Bildmitte prangt, gegen die platte Gleichsetzung gewehrt. Der Anwalt der TLD hat inzwischen eine einstweilige Verfügung gegen das Innenministerium beantragt. Ungenutzte wird die TLD bisher nur vom Bund für Umweltschutz und der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstverweigerer. Gerd Greune und Jo Leinen hatten in einer gemeinsamen Presseerklärung gegen die „Schmutzkampagne“ Stellung genommen. Weiter allerdings ist der Solidaritätsruf der TLD nicht gedrungen. Berührungsängste mit den trotzkistischen Genossen scheinen die „Empörung“ zu überdecken.

Das Bundesinnenministerium Donnerstag, 29. November 1984.

Frankfurter Rundschau

Druck- und Verlagsgesellschaft

Druck- und Verlagsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH

## Protesterklärung und Spendenaufruf

Ich protestiere gegen die Einschüchterungskampagne des Bundesministeriums des Inneren („Verfassungsschutzwerbung“, die in mehreren überregionalen Tageszeitungen am 24. 11. und am 1. 12. 1984 erschien), in der linke Organisationen und das Koordinationsbüro der Friedensbewegung mit Nazis und Terroristen durch die Verwendung des illegalen Hakenkreuz-Symbols, von Naziblättern und rassistischen Parolen gleichgesetzt werden. Angesichts des ungeheuerlichen Nazi-Völkermords an den Juden und Minderheiten und des Naziterrors gegen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten ist dies eine finstere und gefährliche Verleumdung. Die infame Denunziation linker Gruppen als „Terroristen“ und „Verfassungsfeinde“ dient dazu, ihnen die demokratischen Rechte zu bestreiten und bedroht sie mit brutaler staatlicher Unterdrückung. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Ich unterstütze das Gerichtsverfahren, das von der Trotzkistischen Liga Deutschlands (Herausgeber der Zeitung **Spartakist**) mit dem Ziel eingeleitet worden ist, diese üble Schmutzkampagne zu stoppen und Zimmermann zu zwingen, den angerichteten Schaden wiedergutzumachen.

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich habe ..... DM gespendet auf das Sonderkonto:  
Kto. Nr.: 270 761 440 0, BLZ: 50010111, Wolf Schröder-Barkhausen  
Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt

### Bisherige Unterzeichner:

Erwin Beck (Präsident der Liga für Menschenrechte), Bundesversammlung der Grünen, alle Mitglieder der GAL-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, GEW-Studentengruppe der Uni Freiburg, BWK Freiburg, MSB Spartakus Uni Freiburg, Peggy Parnass, Dirk Schneider (Bundestagsabgeordneter der AL-Westberlin), SHB Uni Freiburg, Alexander Schubart sowie mehrere Betriebsräte und Gewerkschafter

### Weitere Proteste:

Peter Brandt, Oskar Hippe, Humanistische Union, Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, SDAJ, Frankfurter Studentenparlament, U-AStA Freiburg und andere

Verfassungsschutzbericht, Thema von Zimmermanns Anzeige, werden praktisch alle linken Gruppen als „Verfassungsfeinde“ bezeichnet. Hinweise auf die TLD warnen wiederholt davor, daß wir „prosojetisch“ seien.

Unsere amerikanischen Genossen führten einen erfolgreichen Kampf gegen einen Versuch des kalifornischen Generalstaatsanwalts, uns in eine „Terroristen“-Liste aufzunehmen, zusammen mit so abstoßenden Elementen wie den Hell's Angels und dem kriminellen verrückten Charles Manson mit seinen Kultanhängern. Wir schlugen diesen Angriff zurück und erreichten einen Widerruf vom kalifornischen Staat. Und, konfrontiert mit den Versuchen der Reagan-Administration, Marxisten als „Terroristen“ zu bezeichnen, hat die SL/U.S. gerade erst erfolgreich ein Gerichtsverfahren mit einem Vergleich abgeschlossen, der uns unsere Rechte gegen das FBI zusichert. Wir verteidigen unnahgiebig das Recht einer Arbeiterpartei, sich zu organisieren.

Die TLD ist Teil einer disziplinierten, internationalistischen kommunistischen Organisation, der internationalen Spartacist Tendenz. Davon ausgehend, wäre es unsinnig anzunehmen, daß wir in einem Land „Störenfriede“ wären und in einem anderen nicht – es sei denn, man definiert Leute als „Störenfriede“ wegen Praktiken, die von der Bill of Rights, den „Grundrechten“ der Verfassung der Vereinigten Staaten erlaubt sind. Da der gegenwärtige westdeutsche Staat unter mehreren Jahren amerikanischer Militärdiktatur entstanden ist, so würden wir eher annehmen, daß Aktivitäten, die wir unternehmen und die von der Verfassung der Vereinigten Staaten sanktioniert sind, ebenso in der Bundesrepublik Deutschland erlaubt sind.

### Was ist dieser Staat?

Andererseits wiederum nehmen wir auch an, daß viele der Methoden dieses Staates von den Methoden aus der „vorausgegangenen Periode“ (dem Dritten Reich) herkommen. Ebensowenig wird diese Tatsache von der Bonner Regierung übersehen. Die Bundesrepublik beansprucht die Rechtsnachfolge des Staates der Hitler-Periode. In der Tat, die Ausländergesetze sind sogar schlimmer als in den Gesetzbüchern des Dritten Reichs. So wie Hitler mit Hilfe der Weimarer Verfassung herrschte, gehen die Gesetze des heutigen Staates zurück auf die napoleonische Gesetzgebung. Diese Gesetzgebung hat ihren Ursprung im letzten Jahrhundert, als die Junker und der König von Preußen das Reich von oben vereinigten. Die Revolution von 1848 scheiterte. Es hat keine bürgerliche Revolution in Deutschland gegeben, keinen erfolgreichen revolutionären Kampf der Massen, der den Feudalismus hinweggefegt hätte, die Massen befreit hätte und demokratische Rechte auf einer Massenbasis etabliert hätte als Vorbedingung für die Entwicklung einer modernen kapitalistischen Industriegesellschaft in Deutschland. Daher existieren in Deutschland solche fundamentalen Rechte wie die Habeas corpus-Akte (eine Errungenschaft der Magna Charta aus dem 12. Jahrhundert in England)

nicht. Gefangene können ohne Anklage festgehalten werden. Das Anti-Abtreibungsgesetz (§ 218) steht schon seit über hundert Jahren in den Gesetzbüchern, seit dem wilhelminischen Preußen. Die Trennung von Kirche und Staat, ein fundamentales bürgerlich-demokratisches Vermächtnis der amerikanischen Revolution, gibt es nicht in der „demokratischen“ Bundesrepublik. Im Gegenteil, mit den katholischen Parteien heute an der Macht ist die „Moralische Mehrheit“ der Staat.

Die Drohung mit Illegalisierung und mörderischer Gewalt gegen uns ist ziemlich explizit in der Schmutzkampagne, die der Verfassungsschutz begonnen hat. Aber nicht nur gegen uns. Jede Gruppe, die als „Terroristen“, „Verfassungsfeinde“ bezeichnet wird, wird bei der Durchführung normaler Propagandaarbeit sofort zum direkten Ziel für Polizei und/oder rechtsgerichtete Attacken: während einer Kundgebung, eines Straßenverkaufs oder einer öffentlichen Veranstaltung. Falls dies irgendwie den rechtlichen Traditionen der amerikanischen Eroberer zu verdanken ist, so ist es das Erbe der schlimmsten Hexenjagdperiode unter McCarthy. Dieser Staat hier geht gegen „Terroristen“

## FBI . . .

Fortsetzung von Seite 4

de. Erst kürzlich beschuldigte die *Washington Times* (Zeitung der bedrohlichen Moon-Sekte) fälschlich die SL/U.S. und die SYL, Gewalt gegen die Polizei provoziert zu haben, als die von der SL/U.S. initiierte Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen am 27. November 1982 den Ku Klux Klan daran hinderte, in Washington zu marschieren. Als Reaktion auf eine Verleumdungsklage zog die *Washington Times* ihre Anschuldigungen in einem Widerruf zurück.

Wir haben diese Siege trotz des unvorteilhaften Kräfteverhältnisses gegenüber unseren Gegnern in jedem Fall erreicht, weil: unser Erbe ein marxistisches Verständnis des Staates umfaßt, das sowohl konspirativen Putschismus als auch reformistischen Legalismus ablehnt; 2. wir offen mit unseren politischen Positionen auftreten, nicht zuletzt mit unserer unnahgiebigen Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus; 3. wir offenkundig keine Terroristen, Kriminellen oder Gewalttäter sind, wie es implizit auch vom FBI zugegeben wurde in seiner eigenen Behauptung, nach über einem Jahrzehnt von „Überwachung“ von weiteren Ermittlungen Abstand genommen zu haben. Wir kämpfen darum, die amerikanische Arbeiterklasse politisch zu organisieren, Arbeiter zu dem Verständnis zu bringen, daß sie ihre eigene Klassenpartei brauchen, eine Arbeiterpartei, um für ihre unmittelbaren und letztendlichen Belange zu kämpfen; 4. wir hartnäckig unsere Legalität und die demokratischen Rechte verteidigen, die mit dem Blut zweier bürgerlich-revolutionärer Kriege in diesem Land erkämpft wurden – dem Unabhängigkeitskrieg und dem Bürgerkrieg – und in den Gesetzen festgehalten sind. In dieser Beziehung versuchen wir, uns

mit gezogener Waffe vor. Erinnert euch nur an die illegalen Aktionen von Strauß, denen Zimmermann applaudierte, bei der üblen Verfolgung von *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein. Noch heute wird der Grüne Bundestagsabgeordnete Otto Schily, der die RAF-Gefangenen verteidigte, von Strauß als Empfänger von „Terroristengeldern“ denunziert (und das während der offiziellen Anhörung des bayrischen CSU-Chefs vor dem Flick-Ausschuß über die 2,23 Millionen DM, die für ihn in Flicks Spendenliste verbucht sind!).

Falls es irgendwelche Zweifel geben sollte über die Gefahr der tödlichen faschistischen Bedrohung, so braucht man sich nur das grauenhafte Oktoberfest-Massaker 1980 anzuschauen, die immer häufigeren Angriffe auf türkische Familien, auf Büros der Grünen und feministischer Organisationen, die ungesühnt bleiben, während Zimmermann Polizeistaatsmaßnahmen gegen die Linke entfesseln will.

All diejenigen von uns, die auf der Abschußliste des Staates stehen, sollten besser wissen, was es bedeuten kann, in Westdeutschland als „Terrorist“ und „Verfassungsfeind“ behandelt zu werden. Wir sind

nach dem Vorbild von Lenins Konzeption der Partei als Volkstribun zu richten. Als beispielsweise das Recht der Nationalversammlung der Demokratischen Partei, sich in San Francisco zu versammeln und ihren Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen, von Gewaltmaßnahmen der Regierung bedroht wurde, boten wir trotz unserer tiefen Klassenfeindschaft gegenüber den Demokraten ein Verteidigungskontingent von Gewerkschaftern an und riefen die Arbeiterbewegung dazu auf, dasselbe zu tun. Im Gegensatz dazu greift die jetzt an der Macht befindliche bürgerliche Obrigkeit offen etablierte bürgerlich-demokratische Rechtsnormen an – die Trennung von Kirche und Staat, den Schutz des vierten Zusatzartikels zur Verfassung (Fourth Amendment) vor unberechtigter Hausdurchsuchung und Beschlagnahme, die Rede- und Versammlungsfreiheit.

Trotzdem behauptet diese Regierung, sie sei demokratisch, den Leuten würden diejenigen gesellschaftlichen und religiösen Einstellungen erlaubt, die sie für richtig halten. Also brauchen das FBI und die zugehörigen Geheimpolizei-Behörden ein wenig rechtliche Abdeckung, ein Feigenblatt für ihre Bespitzelung, für Unterwanderung, Provokationen, falsche Anklagen, Einschüchterung und Unterdrückung der Linken. Mit diesem Prozeß haben wir es geschafft, ein Loch in ihren jetzigen Deckmantel zu reißen, die falsche Gleichsetzung von Marxismus und „Terrorismus“. Mit der Staatsmacht in den Händen der bürgerlichen Regierung und besonders unter dem rechten politischen Klima der Wiederwahl Reagans ist der Vergleich, den wir erzielt haben, das Beste, was wir vernünftigerweise erwarten konnten.

In den Nachwehen jeder Hexenjagd beklagen sich die Liberalen über die „Exzesse“ (d.h. wenn jemand auf ihre Füße tritt) und versichern jedermann, daß so etwas nie wieder passieren kann. Als die COINTELPRO-Enthüllungen offenbarten, daß die „schmutzigen Tricks“ des FBI auf „respektable“

dazu gezwungen, diesen Kampf aufzunehmen, nicht nur um uns selber gegen die Kriminalisierungsversuche durch den Verfassungsschutz und den westdeutschen Staat zur Wehr setzen, sondern ebenfalls, um die existierenden demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung zu erhalten. Die revolutionären Marxisten sind die einzigen konsistenten Verteidiger demokratischer Rechte, besonders in einer Periode, in der der anti-sowjetische Kriegszug die Verteidigung aller Errungenschaften der Arbeiterklasse direkt auf die Tagesordnung setzt, von den Gewerkschaften bis zur Sowjetunion selber. In Lenins Worten: Das Proletariat ist die einzige konsistent demokratische Klasse.

Wir beabsichtigen nicht, uns für vogelfrei erklären zu lassen und hinweggefegt zu werden – gesichtslos, namenlos Opfer bei Nacht und Nebel. Als die Verteidiger und Verbreiter des revolutionären Marxismus heute in Westdeutschland ist unsere Aufgabe zu wichtig: die Befreiung der Arbeiter und Unterdrückten von den Ketten dieses verrotteten rassistischen Systems durch eine siegreiche sozialistische Revolution.

Frankfurt, den 5. Dezember 1984

Bürger ausgeweitet worden waren, deren Briefe geöffnet und Telefone angezapft, deren Gesundheit und Sexualleben erforscht wurden, begann ein Geschrei und Gezeter, so daß Richtlinien herausgebracht wurden, die vorgeblich den Mißbrauch der „legitimierten Autorität“ des FBI einschränken sollten. Liberale und reformistische Organisationen irrten in ihrem Glauben, diese „Reformen“ ausnutzen zu können, um sich für immer von FBI-Spionage und Einschüchterung zu befreien, oder die wie die Socialist Workers Party hoffen, mit ihrem seit acht Jahren laufenden und noch immer unentschiedenen Prozeß ein gerichtlich bestätigtes „Recht auf Revolution“ zu erlangen.

Als marxistische Revolutionäre weisen wir Auffassungen wie die „Reform“ des kapitalistischen Staates zurück. Die Richtigkeit unseres Verständnisses wird in der laufenden Legalisierung aller früheren angeblichen „Mißbräuche“ – vom Smith Act bis zur COINTELPRO – bestätigt. Wir werden weiterhin alle rechtlichen und politischen Mittel benutzen, die uns zur Verfügung stehen, den neuen McCarthyismus zu bekämpfen. ■

**WORKERS VANGUARD**

Defend the Soviet Union!

**No Joke - Reagan Wants War!**

Break with the Democrats. "Liberal" Wing of Imperialist War Drive!

**ABONNEMENT:**  
DM 45, - für 24 Ausgaben (Luftpost)  
DM 8, - für 10 Probeexemplare

Zu beziehen über Kontaktadresse

# SPARTAKIST

## FBI gibt zu:

# Marxisten sind keine Terroristen

### Erklärung der Spartacist League/U.S. und Spartacus Youth League über den Vergleich des Gerichtsverfahrens gegen FBI und Generalstaatsanwalt

Nachfolgend drucken wir leicht gekürzt die Erklärung unserer amerikanischen Genossen, aus Workers Vanguard Nr. 368, 7. Dezember.

Die Spartacist League/U.S. (SL/U.S.) und die Spartacus Youth League (SYL) haben einen Prozeß gegen das FBI und den Generalstaatsanwalt erfolgreich abgeschlossen. Anlaß der Klage waren die Richtlinien des Generalstaatsanwalts über innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung (Domestic Security/Terrorism Guidelines) von 1983, die unsere Organisation verfälschend und in gefährlicher Weise als „kriminelle Vereinigung“ und „Terroristen“ ins Visier nehmen. In dem gerichtlich bestätigten Vergleich, registriert beim Federal District Court in New York am 30. November, gestanden uns FBI und Staatsanwalt das Hauptziel unserer Klage zu – daß die Befürwortung des Marxismus nicht gleichgesetzt werden kann mit Gewalttätigkeit oder kriminellem Terrorismus.

Das FBI und der Staatsanwalt haben zugestimmt, ihre Definition der Spartacist League zu ändern, die sich vorher an einer Stelle so las: „die SPL (FBI-Abkürzung für die Spartacist League) befürwortet nicht *offen* den gewalttätigen Sturz der US-Regierung *zu dieser Zeit*...“ (unsere Hervorhebung). Diese frühere Definition versucht heimtückisch, uns konspirativen Putschismus zu unterstellen (z.B. wenn nicht „offen“, dann geheim), was völlig im Widerspruch zu unseren marxistischen Prinzipien, unseren Zielen und unserer 20jährigen Tradition politischer Aktivität in den USA steht. Die neue Definition stellt die Spartacist League/U.S. als das dar, was sie ist: eine marxistische politische Organisation. Sie schließt mit der Feststellung „Die SPL war einmal Ermittlungen des FBI über innere Sicherheit unterworfen. Die Ermittlungen wurden 1977 abgeschlossen und hatten keine Strafverfolgungsmaßnahmen zur Folge.“

Der Vergleich, den wir erzielt haben – die erste erfolgreiche Klage gegen die neuen FBI-Richtlinien – ist ein bescheidener aber realer Schlag gegen den neuen McCarthyismus. Wir geben nicht vor zu wissen, welche Bedeutung oder Interpretation das FBI diesem Vergleich beimißt. Wir haben keine Illusionen, daß die Geheimpolizei der Regierung ihre Einschüchterung, Unterwanderung und Zersetzung marxistischer politischer Organisationen und anderer, die von der Regierung als Opponenten eingestuft werden, gestoppt hat oder stoppen wird. Wir wissen, daß die Geheimpolizei sich nicht geändert hat, seit Karl Marx von preußischen Geheimagenten belästigt wurde, und daß solange, wie die Kapitalisten die Staatsmacht in den Händen haben, ihre Polizeiagenten ihre schmutzige Arbeit gegen jede wirkliche oder vermeintliche Herausforderung ihrer Klassenherrschaft verrichten werden. Unser Prozeß hat diesen Aspekt der amerikanischen kapitalistischen Gesellschaft nicht geändert, noch hätte er es können.

Nichtsdestoweniger wird durch die Zustimmung des FBI, die Definition unserer Organisation zu ändern, die tödliche Logik

der Regierung implizit, aber klar vereitelt – daß alle politischen Gegner Terroristen sind; und daß die Geheimpolizei den Auftrag hat, wenn du ein politischer Gegner bist, dich einzuschüchtern, auszuspionieren, zu verleumden, gerichtlich zu verfolgen, dich in die Falle zu locken und mit gezogenen Pistolen zu stellen. Die aufdringliche Überwachung und Zersetzung durch die Regierung würde jetzt eher willkürlich als obligatorisch durchgeführt werden, die Schikanieierung also etwas schwieriger.

Darüber hinaus unterminiert die Definitionsänderung die Prämisse des FBI, daß marxistische politische Organisationen mit Gewalttätigkeit gleichzusetzen sind, was in mehr als 60 Jahren den Vorwand für Überwachung, Einschüchterung und Unterdrückung der amerikanischen Linken und Arbeiterbewegung geliefert hat. In der Tat ist nichts weniger konspirativ als eine marxistische Organisation der Arbeiterklasse, deren Erfolg ausschließlich von der offenen, möglichst weiten Verbreitung ihrer Ansichten abhängt. Wenn die Arbeiter und Unterdrückten bei der Verteidigung ihrer Rechte – z.B. Streikende, die gewalttätige Angriffe der Bosse und Polizei zurückschlagen – notwendigerweise an die Grenzen der bürgerlichen Legalität stoßen, wird das für niemanden ein Geheimnis sein. Das FBI braucht keine Informanten, die ihm erzählen, was wir tun. Als Ritchie Bradley in San Francisco die Südstaatenflagge herunterriß, stellte die SL/U.S. die breiteste Öffentlichkeit für diesen weithin unterstützten Akt her. Bradley ging vor ein Geschworenengericht, um die Verwaltung der Bürgermeisterin Dianne Feinstein politisch dafür anzuklagen, daß sie das verhaßte Banner der viehischen Sklaverei und des rassistischen Terrors aufzog.

Mehr als 60 Jahre war die Communist Party (CP) ständiger intensiver Überwachung durch die Regierung unterworfen;

die Socialist Workers Party (SWP) über 40 Jahre; und die SL/U.S. 20 Jahre lang. Es gab nie irgendeine Strafverfolgung der CP, der SWP, der SL/U.S. oder ihrer Mitglieder wegen Gewaltverbrechen oder Terrorismus – eine bemerkenswerte Tatsache angesichts der Tradition von Regierungsprovokationen gegen diese Organisationen. Die einzigen wirksamen Verurteilungen dieser Organisationen gab es wegen verbotener Gedanken – über 60 Jahre, und das einzige, wofür sie uns kriegen, ist Lenin zu lesen!

Von der Verurteilung Eugene Debs nach dem Spionagegesetz bis zu den gerichtlichen Verfolgungen auf der Grundlage des „Smith Act“ der Trotzkisten in den vierziger Jahren und der Communist Party in den Fünfzigern hat der imperialistische Kriegskurs immer einen Krieg gegen jegliche Opposition im eigenen Land zur Voraussetzung gehabt. Jede Hexenjagd hat ihre eigene Dimension, heute im zweiten Kalten Krieg wird eine neue Art McCarthyismus gebraucht – die die militärischen Methoden der direkten Aktion des infamen COINTELPRO („Gegenaufklärungsprogramm“) mit den ideologischen Kriterien des letzten Kalten Krieges verbindet. Unter dem Deckmantel der „Terrorismus“-Bekämpfung werden den militärischen und Geheimpolizei-Behörden durch die FBI-Richtlinien, durch Direktiven des Präsidenten, Urteile des Obersten Gerichtshofs und Maßnahmen des Kongresses umfassende Vollmachten verliehen, um staatlich unterstützten Terrorismus gegen die amerikanische Bevölkerung durchzuführen. Lebenswichtige Rechte der Arbeiterklasse sind bedroht, wenn Streiks zu organisiertem Verbrechen erklärt und Streikposten Erpresser genannt werden. Und wie die Schüsse von Greensboro (Ku-Klux-Klan-Massaker 1979) bewiesen, nährt dieses rechte Klima das Wachstum der faschistischen Terroristen, ermutigt durch den offiziellen Rassismus, die Hysterie gegen Einwanderer und den gegenwärtigen Kriegskurs gegen die Sowjetunion.

Im Feldzug zur Disziplinierung der Bevölkerung durch Angst beschränken sich gesetzestreue Meinungsverschiedenheiten wahrscheinlich auf Hochschulprofessoren, die Briefe an die *New York Times* schreiben, in

denen sie taktvoll die letzte Bestätigung der USA für die Einhaltung der Menschenrechte in El Salvador in Frage stellen. Jede andere politische Opposition wird als „terroristisch“ verleumdet und damit effektiv außerhalb der Legalität gestellt. Jeder Protest, gleich wie zahm er ist, steht unter vollem Beschuß staatlicher Unterdrückung. Fragt Mitglieder der Black Panther Party, die die mörderischen Machenschaften der COINTELPRO-Operation des FBI gegen ihre Organisation überlebt haben, was es bedeutet, vom Staat als „Terrorist“ gebrandmarkt zu werden. Und in der Außenpolitik ist „Terrorist“ die offizielle Bezeichnung für die salvadorianischen Bauern geworden, die gegen das Regime der Todesschwadronen kämpfen; für schwarze Südafrikaner, die die Apartheid bekämpfen, und für die Frauen und Kinder in palästinensischen Flüchtlingslagern.

In der Verteidigung unserer Organisation, unserer Unterstützer und der existierenden Rechte der ganzen Arbeiterbewegung haben wir eine Reihe eindrucksvoller Prozesse gegen die Hexenjagd des zweiten Kalten Krieges durchgeführt. Im Juni 1980 bekam Jane Margolis, eine militante Gewerkschafterin und bekannte Unterstützerin der Spartacist League/U.S., eine Entschuldigung und 3500 Dollar vom Secret Service, weil dieser sie als Terroristin gebrandmarkt hatte. Sie war 1979 aus der Nationalversammlung der Communications Workers of America (Telefonarbeitergewerkschaft) geschleppt worden (in der sie gewählte Delegierte war), ihr wurden Handschellen angelegt und sie wurde eingesperrt, um zu verhindern, daß sie den damaligen Präsidenten Carter kritisierte. Kurz danach verklagte die Spartacist League/U.S. den damaligen Generalstaatsanwalt von Kalifornien, George Deukmejian, weil er die SL/U.S. unter der Sparte „Terrorismus: Linker Flügel“ im 1979er Bericht über organisiertes Verbrechen aufgelistet hatte. Dem in diesem Gerichtsverfahren erlangten Vergleich entsprechend gab Deukmejians Büro eine Korrektur heraus und sandte eine Nachricht an alle Polizeibehörden des Landes, daß die SL/U.S. fälschlicherweise in der Terroristenliste aufgeführt wur-

Fortgesetzt auf Seite 3

## FBI zieht verleumderische „Definition“ zurück

The Spartacist League (SPL), founded in 1965 by former members of another Trotskyist-communist organization, advocates the destruction of the capitalist system and the creation of a workers class system and a workers class society. The SPL national headquarters is located in New York City. While the SPL does not openly advocate the violent overthrow of the U.S. Government at this time or violations of other Federal or state laws, the SPL does believe that eventual violent revolution to overthrow the present capitalist system of government in the U.S. is inevitable. The objective of the SPL is to organize a membership to take action to precipitate such a revolution when conditions are ripe and to direct and seize control of the revolution when it occurs.

Dies ist die frühere FBI-Definition der Spartacist League (SL). Sie ist seit 20 Jahren benutzt worden und behauptete in klassischer Hexenjagd-Terminologie, daß die SL „nicht *offen* den gewalttätigen Sturz der US-Regierung *zu dieser Zeit* befürwortet“ (unsere Hervorhebungen). Damit unterstellte sie fälschlicherweise der Organisation eine konspirative Zielsetzung zum gewalttätigen Umsturz der US-Regierung.

The Spartacist League (SPL), a Marxist political organization, was founded in 1966. The historical and theoretical roots of the SPL derive from the early Communist Party, U.S.A. and the Socialist Workers Party. The immediate precursor of the SPL was the Revolutionary Tendency of the Socialist Workers Party. The SPL has an official youth section named the Spartacus Youth League.

The SPL was once the subject of an FBI domestic security investigation. The investigation was closed in 1977, however, and it did not result in any criminal prosecution.

In dem Vergleich über das Gerichtsverfahren der Spartacist League (SL) hat das FBI zugestimmt, seine Definition der SL und Spartacus Youth League zu genau dem zu ändern, was die SL ist: eine marxistische politische Organisation. Dadurch gesteht uns das FBI das Hauptziel unserer Klage zu – daß marxistische politische Prinzipien und ihre Befürwortung nicht mit Gewalttätigkeit, Terrorismus oder einer kriminellen Vereinigung gleichgesetzt werden können.